

Energie-Control Austria

Magistrat der Stadt Wien
Magistratsabteilung 64
Lerchenfelder Straße 4
A-1082 Wien
Tel.: (+43 1) 40 00-Dw
Fax: (+43 1) 40 00-99-89910
E-Mail: post@ma64.wien.gv.at
www.wien.at/ma64/

MA 64 - 816646/2013

Verordnung der Regulierungskommission
der E-Control, mit der die Entgelte für die
Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013
(Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 –
Novelle 2014, GSNE-VO 2013 – Novelle 2014)
geändert wird;
Entwurf;
Stellungnahme

Wien, am 7.11.2013

Erstreckter Termin:
8.11.2013

Vorher zur Einsicht:

Herrn amtsführenden
Stadtrat für Wohnen,
Wohnbau und Stadt-
erneuerung:

08. NOV. 2013

F

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu dem Entwurf der im Betreff näher bezeichneten Verordnung wird seitens des
Landes Wien wie folgt Stellung genommen:

Der Begutachtungsentwurf enthält eine maßgebliche Erhöhung der Entgelte im
Netzbereich Wien in der für Kraftwerke bestimmenden Netzebene 2. Es handelt sich
dabei um einen außerordentlich überraschenden und massiven Preisanstieg, wie er
wohl in der Geschichte der Tarifierung bisher noch nie vorgekommen ist. Durch den
extremen Preissprung entsteht ein massiver Wettbewerbs- und somit auch Standort-
nachteil für Kraftwerke im Raum Wien – nicht nur im Vergleich zu den Netzbereichen
in Niederösterreich, der Steiermark, Salzburg und Oberösterreich sondern auch im
internationalen Vergleich.

Dies widerspricht den Grundsätzen der Tarifierung gemäß § 72 Abs. 1 GWG. Das
Systemnutzungsentgelt hat dem Grundsatz der Gleichbehandlung aller Systemnut-
zer, der Erleichterung eines effizienten Gashandels und Wettbewerbs, der Ko-
stenorientierung und weitestgehenden Verursachungsgerechtigkeit gerecht zu wer-

den und zu gewährleisten, dass Erdgas effizient genutzt wird und dass das Volumen verteilter oder transportierter Energie nicht unnötig erhöht wird.

Im Netzbereich Wien befindet sich auf Netzebene 2 nur ein Endkunde. Bei einem derartigen Sonderfall können die Regulierungsgrundsätze nicht eingehalten werden. Unabhängig davon wie die Kraftwerke eingesetzt werden, bezahlt dieser Endkunde gleich viel. Darüberhinaus bezieht sich der Grundsatz auf Gleichbehandlung auf alle Netznutzer.

Der Gleichbehandlungsgrundsatz würde dadurch verletzt, dass sich trotz eines einheitlichen Strommarkts in Deutschland enorme Kostenunterschiede ergeben würden. Dies würde zu einer starken Beeinträchtigung der Schaffung eines einheitlichen, wettbewerbsorientierten Energiemarkts in Österreich führen.

Durch die neue Tarifierung würde die aktuell ohnehin schon äußerst schwierige Situation von hocheffizienten Gas-KWK-Anlagen zusätzlich verschärft, was in weiterer Folge dazu führen würde, dass eine der effizientesten und kohlenstoffärmsten Technologien zur thermischen Elektrizitätserzeugung immer weniger zum Einsatz käme.

Dies obwohl seitens der EU eine Forcierung der KWK-Technologie angestrebt wird und die Absicherung der bestehenden und der Ausbau neuer hocheffizienter KWK-Anlagen eine Energieeffizienzmaßnahmen im Sinne der EU-Energieeffizienzrichtlinie darstellt.

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, dass zu prüfen wäre, ob nicht die vorgesehene Tarifierung den Effizienzkriterien für die Regulierung von Energienetzen und für Stromnetztarife des Anhangs XI der Energieeffizienzrichtlinie widerspricht.

Die starke wirtschaftliche Belastung der KWK-Anlagen hätte darüber hinaus auch negative Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit, da diese Anlagen einerseits die Strom- und Wärmeerzeugung vor Ort gewährleisten, andererseits aber auch aus Netzsicht essentiell für die Versorgungssicherheit sind (Spannungshaltung, Blindleistungsbereitstellung etc.).

Ein Wegfall der Kraftwerke auf Netzebene 2 würde daher negative Auswirkungen auf Versorgungssicherheit und CO₂-Bilanz haben und außerdem gravierende Nachteile für die Netznutzer ab Netzebene 3 bringen und für diese zu erheblichen Mehrkosten führen.

Es wird daher dringend um Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung des Kostenwälzmechanismus aller Netzebenen ersucht, um dem nunmehr deutlich geänderten Marktumfeld Rechnung zu tragen.

In den Erläuterungen sollten aus Gründen der vollständigen Transparenz sämtliche Gründe angeführt werden, die eine Tarifierhöhung im Netzbereich Wien zur Folge haben. Insbesondere sind Aussagen über die Kostenänderungen aufgrund der Änderung des Gasmarktmodells und über den prozentuellen Anteil der Investitionskosten der Südschiene zu treffen, da – wie aus den Medien bekannt ist – der Betreiber des Gaskraftwerkes Mellach seinen Erdgasbezug für dieses Erdgaskraftwerk radikal reduziert bzw. reduzieren wird (vorübergehende Stilllegung des erst vor kurzer Zeit in Betrieb gegangenen Erdgaskraftwerks Mellach). Der dadurch bedingte Erlösausfall wird somit auf sämtliche Netzkunden, somit auch auf die Wiener Netzkunden (einschließlich der KWK- Anlagen), aufgeteilt. Darüber hinaus bedarf die Kostenwälzung von Netzebene 1 auf Netzebene 2 und deren Aufteilung auf die verschiedenen regionalen Marktgebiete einer transparenten Offenlegung. Diesbezüglich sollte somit völlige Transparenz gewährleistet sein.

Zu § 10:

Den Erläuterungen kann der Sinn und Zweck dieser Regelung nicht entnommen werden und wird daher angeregt, die Motive für diese Regelung transparenter darzustellen.

Vermutet kann nur werden, dass mit dieser Regelung bestimmte Großverbraucher, sofern deren Anlagen an die Netzebene 2 angeschlossen sind und vertraglich eine Höchstleistung pro Zählpunkt von mehr als 400.000 kWh/**Stunde** vereinbart wurde, die Verrechnung eines „begünstigten Leistungspreises“ beantragen können. Dieses Sonderrecht dürfte überdies auf bestimmte Großverbraucher zugeschnitten sein, die, sofern sie die Voraussetzungen des Absatz 6a erfüllen, höchstwahrscheinlich nur für eine geringe Stundenzahl pro Monat das Netz in Anspruch nehmen.

Zu prüfen wäre in diesem Zusammenhang, ob es sich dabei nicht um eine staatliche oder aus staatliche Mitteln gewährte Beihilfe im Sinne des Art. 107 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) handeln. Ob dies der Fall ist, hat die Europäische Kommission zu entscheiden.

Die Formulierung des Abs. 6a ist derart weit gefasst, dass von der Begünstigung sämtliche thermische Kraftwerke (also auch Kohlekraftwerke udgl.) erfasst sind, sofern sie auch mit Erdgas „betrieben“ werden. Dies ist jedoch bei fast allen thermischen Kraftwerken der Fall, da Kohlekraftwerke, Biomassekraftwerke udgl. zum „Anfahren“ Erdgas einsetzen. Aus diesem Grund sollte § 10 Abs. 6a dahingehend modifiziert werden, dass diese Regelung ausschließlich auf reine Erdgaskraftwerke beschränkt bleibt.

Referentin:
Mag.^a Christina Pass-Dolezal
☎ 4000 - 89959

Mit freundlichen Grüßen
Die Abteilungsleiterin:
Dr.ⁱⁿ Cordula Donner



Dieses Dokument wurde amtssigniert.

Informationen zur Prüfung der elektronischen
Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter:
<https://www.wien.gv.at/amtssignatur/>

Ergeht an:

Energie-Control Austria, per E-Mail: tarife@e-control.at

Nachrichtlich an:

- 1.) MD-K;
- 2.) MD-E;
- 3.) MA 5;
- 4.) MA 20;
- 5.) Wien Energie GmbH;
- 6.) Wiener Netze GmbH;
- 7.) Verbindungsstelle der Bundesländer